

Liebe Genossinnen und Genossen,

mein Name ist Martin, ich bin 26 und studiere Rechtswissenschaften an der Universität Greifswald. Ich bin der hiesige Juso-Vorsitzende und möchte mich zuerst bei jenen Genossinnen und Genossen bedanken, welche in den letzten Wochen für die SPD so intensiv verhandelt haben. Euer Engagement verdient Respekt und Dank. Selbst, wenn es zu einem „Nein“ am Ende käme, so ist dies keine Abwertung eurer Arbeit. Ihr habt das Beste gegeben und auch einiges rausgeholt.

Doch reicht es am Ende, um dem Koalitionsvertrag zuzustimmen?

Diese Frage muss ich leider klar verneinen.

Ich möchte mein „Nein“ aus Sicht als Gewerkschafter mit Minijob, aus Sicht als Mitglied der Arbeiterwohlfahrt und aus Sicht eines Studierenden erklären. Am Ende möchte ich noch kurz auf die sogenannten Erfolge im Koa-Vertrag eingehen. Dabei versuche ich mich so kurz wie möglich zu halten.

Die Sicht als Gewerkschafter mit Minijob

Ich muss eingestehen, dass der Koalitionsvertrag einige zum Teil positive Veränderungen am Arbeitsmarkt beinhaltet. Doch leider ändert sich bei vielen Menschen nach wie vor nichts. Eine mögliche große Koalition wird den nötigen Ausbau des Kündigungsschutzes nicht vorantreiben. Als Gewerkschafter mit SPD-Parteibuch bin ich natürlich daran interessiert das die Willkür am Arbeitsmarkt endet. Doch leider wird dies in den nächsten vier Jahren nicht geschehen.

Auch das Befristungsrecht, welches vor allem junge Menschen an einer mittel- bis langfristigen Zukunfts- bzw. Familienplanung hindert, wird nicht verbessert. Immer mehr Menschen und vor allem junge Menschen schippern von befristeten Arbeitsvertrag zu befristeten Arbeitsvertrag und haben stets die Angst, dass eine weitere Befristung umgangen wird oder erst gar nicht erfolgt und somit ein unbefristeter Arbeitsvertrag ausbleibt. Die Wirtschaft begründet dies oft damit, dass die junge Generation flexibel und ungebunden ist. Ja natürlich sind wir flexibel, wenn wir aus dem Studium oder der Ausbildung kommen. Natürlich sind die meisten von uns ungebunden, wenn wir gerade

einmal um die 20 sind. Doch wir kommen aus dieser Anfangs gewollten Flexibilität auch nicht bzw. nur schwer mehr heraus. Viele müssen sich dem wirtschaftlichen zukunftsfeindlichen Druck ergeben und verbleiben in dieser arbeitsvertraglichen Reise ins gehoffte Glück.

Des Weiteren verpasst der Koalitionsvertrag auch die Verbesserung der Unternehmensmitbestimmung. Die Demokratisierung, der Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Bildung und Gründung von Betriebsräten wird dadurch vehement geschwächt. Das führt dazu, dass alle Anstrengungen für bessere Arbeitsverhältnisse und Bekämpfungen von ungleichen Löhnen, unnötig erschwert bis nahezu unmöglich gemacht werden.

Am Ende möchte in diesem Bereich kurz auf die Lage der Minijobber eingehen. Leider äußert sich der Koalitionsvertrag in keinsten Weise zur Verbesserung des sozial- und arbeitsrechtlichen Schutzes jener, die für weniger als 450€ arbeiten. Eine Reform, welche wir alle wollen und auch brauchen, bleibt daher aus und viele Arbeitnehmerinnen haben nach wie vor die Befürchtung aus einem regulären Arbeitsverhältnis verdrängt zu werden und bestenfalls am Ende im gleichen Betrieb auf geringfügiger Beschäftigung tätig zu sein. Man verpasst daher die Chance das Ziel der Gleichbehandlung aller Arbeitsverträge zu erreichen.

Die Sicht als Mitglied der Arbeiterwohlfahrt

Als Mitglied der AWO möchte ich kurz auf zwei Punkte aus Sicht der Wohlfahrt eingehen.

Der Vertrag kann einige Veränderungen im Bereich der Alterssicherung vorweisen. Aber leider liegen keine Änderungen der jetzigen Rentenanpassungsformel vor. Dies wird zu weiteren Reduzierungen des Rentenniveaus führen. Die jetzt beschlossene Regelung eines abschlagsfreien Rentenbezugs mit 63 Jahren nach 45 Versicherungsjahren ist zwar zu begrüßen trägt aber nicht zur Verringerung der Altersarmut bei. Die Finanzierungen der Verbesserungen im Rentensystem sind derzeit nicht zu überblicken

und können daher nicht abschließend gesichert werden. Z.B. die Kosten der Mütterrente, welche an sich zu begrüßen ist, werden aus dem Fiskus heraus bezahlt ohne dass man neue Schulden aufnimmt oder Steuern erhöht. Daher scheinen die Lösungen, bezüglich der Alterssicherung, ungeeignet, die Altersarmut zu verhindern.

Neben der Alterssicherung möchte ich kurz auf Migration und die doppelte Staatsbürgerschaft zu sprechen kommen. Vor allem hier erkenne ich die Leistung der sozialdemokratischen Verhandlungsteilnehmerinnen an. Der Union die doppelte Staatsbürgerschaft aus den Rippen zu leiern ist schon ein großer Erfolg. Dennoch musste man sich hier auf einen Kompromiss einigen, welcher mich am Ende, auch aus privaten Gründen, nicht überzeugt. Der Grund liegt darin, dass die Optionspflicht nur für in Deutschland geborene Kinder von Migrantinnen und Migranten wegfällt. Für all jene Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter, welche Deutschland mit aufgebaut haben und all jene, welche nicht hier geboren und aufgewachsen sind aber seit langem schon hier leben ist diese Lösung keine Verbesserung der Lebenslage. Weiterhin muss ich die Beibehaltung des Asylbewerberleistungsgesetzes, die menschenunwürdige Unterbringung in sogenannten Lagern und das Festhalten an das Sachleistungsprinzip sowie der Residenzpflicht stark kritisieren. Auch die gesamte Problematik des Rassismus gegenüber Migrantinnen und Migranten findet nahezu keinerlei Erwähnung.

Aus der Sicht als Studierender

Aus Sicht als Studierender ist dieser Koalitionsvertrag eine herbe Pille bzw. starke Enttäuschung.

Notwendige Veränderungen im Bildungsbereich werden auch die nächsten vier Jahre auf sich warten lassen. Gerade die Länder und Kommunen benötigen Geld, um die Universitäten, Schulen, KiTas usw. halten bzw. stärken zu können. In MV werden zurzeit dringend allein 40 Millionen für Universitäten benötigt.

Mehr als ein Lippenbekenntnis zum Anstieg der Bildungsausgaben gibt es nicht. Das Kooperationsverbot wird nicht gekippt, obwohl man sowohl im Bundestag, als auch im Bundesrat die notwendige Mehrheit dafür hätte.

Auch nötige und ausreichende Verbesserungen im Bafög-Bereich wird es mit der Großen Koalition nicht geben.

Erkämpfte Forderungen

Ich möchte jetzt noch auf die sogenannten Erfolge eingehen und die Kompromisse und Nachteile verdeutlichen.

Ich beginne mit den Mindestlohn von 8,50€. Der Mindestlohn ist eine Forderung seit einigen Jahren und liegt auch seit längerem bei 8,50€ die Stunde. Nun gab es den Durchbruch. Der Mindestlohn kommt. Er kommt für einige 2015 und für alle 2017. Doch zwei grundlegende Dinge werden in der Debatte um den Riesenerfolg ganz vergessen oder absichtlich unter dem Teppich gefegt.

Wie viel sind die 8,50€ eigentlich 2014, 2015, 2016 und 2017 noch wert? Eine Anhebung soll vielleicht erst über eine Kommission ab 2018 erfolgen. Geprüft wird er aber erst Mitte 2017. Bis dahin werden wir aber bereits einen inflationsbedingten Wertabfall haben und 8,50€ sind bei Preissteigerungen eben keine 8,50€ mehr. Ein weiterer Punkt ist: Was ist eigentlich 2017? Genau es sind Bundestagswahlen. Die Einführung eines Mindestlohns zum Zeitpunkt eines Bundestagswahljahres und gleichzeitig eine Überprüfung des Wertes an sich finde ich sehr bedenklich. Denn es wird am Ende nur ein Werkzeug im Wahlkampf sein.

6 Milliarden für die Kommunen und Länder für die Bildung. Das klingt natürlich viel. Aber ich möchte diese Zahl einmal greifbarer machen. 6 Mrd. bedeuten für MV ca. 125 Millionen in einer Legislatur. Das sind am Ende ca. 32 Millionen Euro im Jahr für MV. Zum Vergleich: Es werden zurzeit 40 Millionen allein für die Hochschulen gebraucht. Wie viel davon aber bei den Kommunen zur freien Wertschöpfung ankommen ist auch ungeklärt.

Die Mietpreisbremse ist nicht in allen Regionen greifbar und hängt von einer Landesregierung ab. Das ist natürlich bei einer Rot-Grünen Mehrheit in der Länderkammer ganz nett, aber aus meiner Sicht etwas sehr kurz gedacht.

Insgesamt muss gesagt werden, dass die Ausgaben und Kosten des Vertrages auf ca. 25 Mrd. betitelt werden. Diese 25 Mrd. wurden als Spielraum durch den Finanzminister eingeräumt und stehen daher unter keinen direkten Finanzierungsvorbehalt.

Heißt es also, dass die 25 Mrd. vorhanden sind?

Nein, das heißt es nicht. Diese Zahl basiert auf SteuereinnahmeSCHÄTZUNGEN und somit einen indirekten Vorbehalt. Sollten die Einnahmen also nicht eintreffen, so gehen die Länder und Kommunen arm aus. Und woher kommen diese 25 Mrd. eigentlich, wenn keine neuen Schulden aufgenommen und keine Steuern erhöht werden? Joa...das ist eine gute Frage. Und man bleibt am Ende der Frage „Wer soll das bezahlen?“ einer Antwort schuldig. Es wird bereits sogar gesagt, dass man 2015 einen Kassensturz machen muss, um zu überprüfen, ob die Gelder wirklich vorhanden sind.

Letztlich muss man also sagen, dass die Bedenken gegenüber der großen Koalition keineswegs herunter zu spielen sind. Man sollte auch die Erfolge nicht zu hoch in den Himmel loben. Und auch jede Debatte, um das was man alles bekommen hat kann man auch dahingehend schnell stören mit dem was man nicht bekommen hat. Dazu gehören z.B. die Bürgerversicherung, die rechtliche Gleichstellung der Homo-Ehe inkl. Adoptionsrecht, ein gerechtes und solidarisches Steuersystem und somit eine höhere Spitzensteuer und Vermögenssteuer, keine Neuausrichtung der Europa-Politik und keine Abschaffung des Betreuungsgeldes. Diese Liste kann natürlich fortgesetzt werden. Am Ende muss daher auch gesehen werden, was nicht erreicht wurde und auch nicht erreicht wird.

Natürlich wird gesagt, dass man nicht mehr in den Vertrag bekommen hat bzw. dass man nicht mehr mit der Union hätte machen können und dass man den Vertrag anhand des Wahlergebnisses sehen muss. Es fällt häufig auch die Meinung, dass es alternativlos sei.

Aber das möchte ich nur kurz damit beantworten, dass es auch keine Pflicht der SPD gibt eine Regierung zu bilden und dass nichts alternativlos ist. Auch dieser nicht rechtsbindende Koalitionsvertrag ist nicht alternativlos!

Vielen Dank